

Umverteilung der Personalressourcen (Lehrer/innen und Erzieher/innen) im kommenden Schuljahr: Mangelverwaltung oder Rettung der altersgemischten Schulanfangsphase?

Der Berliner Grundschulverband kritisiert die Entscheidung zur Rücknahme der verbindlichen Einführung von jahrgangsgemischten Lerngruppen in der Schulanfangsphase zum kommenden Schuljahr. Den begründeten Einwänden vieler Pädagogen wegen der vielfältigen Mängel in den Schulen die Altersmischung noch nicht umsetzen zu können hätten schon längst Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Unterstützung der Pädagog/innen folgen müssen.

Fehlendes Knowhow vieler Lehrer/innen im Umgang mit Heterogenität, Überforderung durch Häufung schwieriger Schüler/innen in sozialen Brennpunktschulen, mangelhafte bauliche und räumliche Ausstattung vieler Schulgebäude sowie eine völlig unzureichende Personalzumessung in den Berliner Grundschulen insgesamt - verschärft durch die Personalkostenbudgetierung - sind tagtägliche Realität und daher berechtigte Einwände vieler betroffenen Schulen.

Düpiert werden durch die neue Regelung auch die Schulen, die bereits die Jahrgangsmischung eingeführt haben oder trotz großer Bedenken wegen mangelhafter Rahmenbedingungen mit den Vorbereitungen schon weit fortgeschritten sind. Diese Neuregelung verstärkt das Misstrauen bezüglich der Verlässlichkeit der Berliner Bildungspolitik.

Ein erneuter Aufschub, verbunden mit einer Zielvereinbarung zur Klärung der Hemmnisse auf den Weg zur Altersmischung, macht nur Sinn, wenn alle Beteiligten – der Bildungssenat, die bezirklichen Schulträger und die Kollegien – bereit sind tragfähige Lösungen für eine kindgerechte Schulanfangsphase für jede Schule gemeinsam zu entwickeln und bei der Realisierung jeweils ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Die Verantwortung liegt im besonderen Maße bei den Senatoren für Bildung und für Finanzen, die hierfür notwendigen finanziellen Ressourcen bereitzustellen.

Zu begrüßen ist die angekündigte Verbesserung der Ausstattung mit Lehrern und Erziehern in der Schulanfangsphase, auch wenn die zusätzlichen zwei Lehrerwochenstunden und vier Erzieherwochenstunden nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind. Wir bezweifeln, dass diese zusätzliche Personalbemessung Schulen, die zum jetzigen Zeitpunkt die Einführung von jahrgangsgemischten Lerngruppen ablehnen, von einer Einführung im kommenden Schuljahr überzeugen.

Der Grundschulverband kritisiert:

Auch bei der Neuordnung der Lehrerzumessung wird es Gewinner und Verlierer geben. Profitieren werden die Schulen, die unter 40% Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunft unterrichten und über eine geringe Durchschnittsfrequenz verfügen. Verlieren werden wiederum die Schulen mit hohen Klassenfrequenzen, da die Anzahl der sog. Teilungsstunden, die für jedes Kind bei Frequenzen über 24 Schülerinnen und Schüler derzeit gewährt werden, reduziert wird.

Der neue Verteilerschlüssel für die Stunden, die bisher für den Unterricht in „**Deutsch als Zweitsprache**“ verwendet wurden, wird ebenfalls Gewinner und Verlierer erzeugen. Gewinner werden die Schulen mit einem niedrigen Anteil an Kindern nichtdeutscher Herkunft sein, die in sozialen Brennpunkten außerhalb der Innenstadt liegen. Sie werden sicherlich die gewonnenen Stunden sinnvoll für die Sprachförderung der unterprivilegierten deutschen Kinder einsetzen. Da die Anzahl der Stellen für die Sprachförderung aber nicht erhöht wird, werden die Schulen in den innenstädtischen sozialen Brennpunkten die Verlierer der Umverteilung sein.

Wenn Senator Zöllner zukünftig Sprachförderung auch für bedürftige deutsche Kinder anbieten will – eine Maßnahme, die wir als Grundschulverband begrüßen - müssen auch hier entsprechend der steigenden Anzahl von armen Kindern die zur Verfügung gestellten Personalmittel insgesamt erhöht werden. Mit der von ihm vorgestellten Maßnahme behindert er die sprachlichen Integrationsbemühungen der Grundschulen in der Innenstadt und konterkariert die Tatsache, dass Deutsch entscheidend ist für den Lernerfolg und die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund.

Der Grundschulverband fordert:

- **Die Ausstattung der altersgemischten Schulanfangsphase nach dem Zwei-Pädagogensystem ohne eine gleichzeitige Kürzung der Mittel zur Integration von Kindern mit Sprach- und vielfältigen Lernproblemen.**
- **Zukünftig eine Erzieherausstattung in den offenen und gebundenen Ganztagschulen, die eine pädagogische Arbeit mit den Kindern zwischen 7.30 und 16.00 Uhr erlaubt.**
- **Gemeinsam mit den Bezirken als Schulträger ein Sofortprogramm zu initiieren, um räumliche und bauliche Mängel kurzfristig ausgleichen zu können. Die sächlichen Mittel zur Beschaffung von geeignetem Unterrichtsmaterialien müssen dringend den neuen pädagogischen Erfordernissen angepasst werden.**

Der Grundschulverband rät Senator Zöllner und den Bildungspolitikern der Regierungskoalition, die angekündigten Veränderungen sofort und umfassend gemeinsam mit Schulpraktikern auf ihre konkreten Auswirkungen auf die einzelnen Schulen zu überprüfen und - soweit erforderlich - zu revidieren.